



Die Tageszeitung
jungeWelt

Geförderter Klimawandel

Schwarzbuch zu umweltschädlichen Subventionen: Die Bundesrepublik läßt sich ökologisch kontraproduktive Vergünstigungen das Dreifache des Bildungsbudgets kosten

SPIEGEL ONLINE

SCHWARZBUCH DER NATURSCHÜTZER

Umweltschädliche Subventionen verschlingen 30 Milliarden

Niedrige Steuern auf Diesel, Begünstigungen für Diestwagen, Förderung des Braunkohleabbaus - aus ökologischer Sicht unsinnig und dazu noch teuer, sagen Deutschlands Naturschützer. 30 Milliarden Euro könnte die Bundesregierung sparen, würde sie auf "klimaschädliche Subventionen" verzichten.

RP ONLINE

Umweltverbände: Bund subventioniert Umweltverschmutzung

Berlin (RPÖ) Umweltverbände glauben, dass die Bundesregierung Umweltverschmutzung mit 30 Milliarden Euro im Jahr subventioniert. Sie kritisieren die Beilegerung von Energie- und Vergünstigungen für verschiedene Industriezweige. Das geht aus einem "Schwarzbuch zu umwelt- und klimaschädlichen Subventionen" hervor, das der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und weitere Verbände am Montag übergeben.



In den vergangenen Monaten wurde in der deutschen Politik ausführlich über Haushalts- und Steuerpolitik diskutiert. Und dies aus gutem Grund: Die Finanzlage der Bundesrepublik ist trotz der derzeit guten Konjunkturaussichten erschreckend. So betrug der Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushaltes, d.h. die Schulden des Bundes, der Länder und Gemeinden, im Jahre 2005 1,45 Billionen € oder 67,7% des Bruttoinlandsproduktes. Dies entspricht einem Schuldenstand von gut 17.500 € je Einwohner unseres Landes. Selbst im Falle einer derzeit gänzlich illusorischen Tilgungsrate von EUR 5 Mrd. Jahr im bräuchten wir über 170 Jahre, um die Schulden der letzten 40 Jahre alleine des Bundes abzutragen!

Was hat das nun mit Klima und Umwelt zu tun? Geht man durch die Subventionen und Finanzhilfen des Bundes findet man eine Vielzahl von volkswirtschaftlich fragwürdigen und klimaschädlichen Vergünstigungen von beträchtlichen Größenordnungen. Das staatliche Haushalten entfaltet dadurch negative Lenkungseffekte statt Zukunftsbereichen wie etwa der Bildungs-, Forschungs- und Familienpolitik zugute zu kommen.

Dagegen könnte die Bundesregierung 34 Milliarden Euro pro Jahr einsparen, wenn sie ökologisch nachteilige Förderungen abbauen würde. Das geht aus einem „Schwarzbuch zu umwelt- und klimaschädlichen Subventionen“ hervor, das der BUND, der NABU, das Forum Umwelt und Entwicklung sowie der Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) unter Federführung des Hamburger Klimaschutzfonds verfasst haben. Das „Schwarzbuch“ wurde anlässlich der einjährigen Amtszeit von Minister Peer Steinbrück im November dem Bundesfinanzministerium übergeben.

Das Schwarzbuch und seine medienwirksame Übergabe fand ein positives Presseecho in einer Vielzahl von Zeitungen. So wurde das Thema klimaschädliche Subventionen von SpiegelOnline, der Süddeutschen Zeitung, dem Neuen Deutschland, der taz, der Linkszeitung, der Jungen Welt, der Reihnischen Post und diversen Lokalzeitungen aufgegriffen. Beiträge fanden sich darüber hinaus auf einer Reihe von interessanten und weit verbreiteten Webseiten (z.B. Franz Alt, Deutsches Verbände Forum, Heinrich Böll Stiftung etc.).

Das Umwelt Bundesamt (UBA) zeigte zudem großes Interesse an der Studie, da es sich derzeit ebenfalls mit dem Abbau umweltschädlichen Subventionen befasst. Außerdem wurde das Schwarzbuch von der Bundesarbeitsgemeinschaften Energie und Wirtschaft der Grünen und vom Steuerarbeitsreis von Attac für ihre laufende steuerpolitische Arbeit aufgegriffen.

Der Hamburger Klimaschutzfonds hat dieses Projekt initiiert und war maßgeblich für die Leitung und Ausgestaltung der Studie verantwortlich.